

Mobiler Beirat soll Pläne begutachten

Ausschuss Das Bauvorhaben nördlich der Karlstraße geht in die nächste Runde. Nach Kritik im Gemeinderat kündigt der Bürgermeister nun den Einsatz externen Sachverständs an. *Von Oliver Heider*

Kräftig ausgeteilt hatten kürzlich im Gemeinderat Fraktionsmitglieder der Grün-unabhängigen Liste (GUL) gegen die Verwaltung. Wie berichtet, kritisierten sie das Vorgehen hinsichtlich des „Bebauungsplan nördlich der Karlstraße“.

In der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt (ATU) meldete sich nun Bürgermeister Daniel Salemi unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ zu Wort. Vor dem Hintergrund der Kritik sei es ihm wichtig anzukündigen, dass die Stadtverwaltung voraussichtlich in der kommenden Sitzung des Ratsgremiums einen Vorschlag unterbreiten wird. So sei geplant, in diesem Kontext den „Mobilen Gestaltungsbeirat der Architektenkammer Baden-Württemberg“ zu beauftragen. Dieser umfasst Stadtplaner, Architekten sowie Landschaftsplaner und steht Kommunen, aber auch privaten oder gewerblichen Bauherren bei ihren Bauvorhaben auf Antrag beratend zur Seite.

„Dieser Beirat schaut sich dann den Vorschlag, der auf dem Tisch liegt, an und begutachtet ihn“, sagte Salemi. In der Folge werde der Beirat dem Planer des Areals nördlich der Karlstraße – wo binnen sechs Jahren 114 Wohnungen in sechs Gebäuden entstehen sollen –

40

Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg haben schon feste Gestaltungsbeiräte eingerichtet. Einige Kommunen nutzen den „Mobilen Gestaltungsbeirat der Architektenkammer Baden-Württemberg“. Letztere empfiehlt allen Kommunen, „ein Sachverständigengremium zu berufen, das politische Institutionen und Fachverwaltungen in Fragen der Architektur, Stadtplanung und des Stadt- beziehungsweise Ortsbildes unterstützt“.

Hinweise geben, wie es anders ausgeführt werden könne.

Vor dem Hintergrund, dass Anwohner schon 180 Unterschriften gegen das Projekt gesammelt und sogar eigene Entwürfe angestoßen hätten, wolle er „Spekulationen entgegenwirken“, erläuterte der Rathauschef. Aus diesem Grund habe er sich dazu entschlossen, dies zum jetzigen Zeitpunkt bereits öffentlich zu sagen. Die Arbeit des Gestaltungsbeirats, die die Stadt wohl 3000 bis 4000 Euro kosten dürfte, solle also demnächst „in aller Ausführlichkeit“ dargestellt werden.

Antrag der Verwaltung

Wie berichtet, hatten einige GUL-Ratsmitglieder Kritik an der Verwaltung geübt. Zum einen daran, dass der Antrag eines Investors zur Abstimmung gestellt worden war und keiner der Verwaltung. Zum anderen, dass sich der ATU mit dem Thema weiter befassen solle und nicht der Gemeinderat. Was aus GUL-Sicht aber wegen des „großen Projektes“ angezeigt sei.